

## Antrag

der Abgeordneten René Springer, Jürgen Pohl, Gerrit Huy, Ulrike Schielke-Ziesing, Norbert Kleinwächter, Marcus Bühl, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

### Technisierung statt Zuwanderung – Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die von der Bundesregierung vorgestellte Fachkräftestrategie basiert im Wesentlichen darauf, die Hürden für eine Einwanderung nach Deutschland weiter zu senken – in der Hoffnung, dass zusätzliche Migranten die Fachkräftelücke schließen werden. Damit wiederholt die neue Regierung die Fehler ihrer Vorgänger. Migranten haben die Fachkräftelücke in der Vergangenheit nicht geschlossen und werden sie auch in Zukunft nicht schließen. Statt verzweifelt an überkommenen Konzepten festzuhalten, muss die Arbeitsmarktpolitik komplett neu aufgestellt werden. Langfristig ist eine aktivierende Familienpolitik erforderlich, die eine ausgeglichene Geburtenbilanz zum Ziel hat. Für den Übergang ist zur Schließung der Arbeitskräftelücke in Deutschland eine Zwei-Standbeine-Strategie erfolgversprechend: Vermehrte Nutzung des eigenen Arbeitskräftepotentials auf der einen Seite, verstärkte Technisierung auf der anderen Seite.

Nach einem dem Ökonomen Milton Friedman zugeschriebenen Zitat schließen sich offene Grenzen und ein Sozialstaat aus. Man kann nicht beides gleichzeitig haben. Da in Deutschland Einigkeit besteht, den Sozialstaat grundsätzlich beibehalten zu wollen, muss konsequenterweise der immer stärker werdenden Migration Einhalt geboten werden, um den Sozialstaat zu erhalten und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren.

Kritiker dieser Auffassung wenden ein, dass damit ein wirtschaftlicher Zusammenbruch einhergehe, weil aufgrund der Demographie Zuwanderung unabdingbar sei, um Wirtschaft und Sozialstaat weiter am Laufen zu halten. Dabei ist Einwanderung nur eine mögliche Lösung zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Arbeitskräftelücken können auch durch Technisierung geschlossen werden, wie dies beispielsweise in Asien geschieht. So sind etwa japanische Unternehmen weltweit führend bei Roboterproduktion und Automatisierung, die weit in den Dienstleistungssektor hineinreichen.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes ist tatsächlich besorgniserregend. Wurde bis vor kurzem noch der Facharbeitermangel als größtes Problem gesehen, stehen wir heute vor einem allgemeinen Arbeitskräftemangel, der sämtliche Branchen erfasst hat. Selbst für einfache Tätigkeiten in Supermärkten, Flughäfen oder Gastronomie finden sich trotz millionenfacher Einwanderung seit 2015 kaum noch Bewerber. Ganz zu schweigen von der Gesundheits- und Pflegebranche, den sogenannten MINT-Berufen oder dem Handwerk.

Obwohl nach offizieller Statistik rund 2,4 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sind<sup>1</sup>, gab es im zweiten Quartal 2022 bundesweit 1,93 Millionen offene Stellen, davon fast 1,5 Millionen sofort zu besetzen.<sup>2</sup> Gründe für diese paradoxe Situation sind in erster Linie mangelnde Qualifikation der Arbeitnehmer sowie geringe Anreize, eine Arbeit aufzunehmen, da der Lohnabstand zwischen Sozialleistung und Erwerbseinkommen in vielen Fällen sehr gering ist. Die große Zahl der in den letzten Jahrzehnten ins Land gekommenen Menschen drückt die Löhne zusätzlich, insbesondere im Niedriglohnbereich.

Dazu kommt die Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer ins Ausland<sup>3</sup>, was den Fachkräftemangel weiter verstärkt. Die Aufblähung staatlicher Stellenpläne durch Sozialarbeiter und verschiedenste „Beauftragte“ bindet Akademiker der Sozialwissenschaften, die im Handwerk und in den MINT- und Pflegeberufen dringender benötigt werden.

Angesichts dieser Entwicklung kann die Politik nicht untätig bleiben. Notwendig sind daher Löhne, von denen man gut leben und eine Familie ernähren kann. Staatlich organisiertes Lohndumping durch die Zuwanderung von geringqualifizierten Ausländern muss endlich ein Ende haben. Sollte es in bestimmten Bereichen zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte geben, dann müssen die bereits im Land befindlichen Arbeitskräfte entsprechend qualifiziert werden. Die Steuer- und Abgabenlast ist umgehend zu senken, damit sich Arbeit in Deutschland wieder lohnt und nicht jährlich zigtausende Hochqualifizierte ins Ausland abwandern. Schließlich muss auch die Produktivität der deutschen Unternehmen durch Automatisierung und Digitalisierung gesteigert werden. Produktive Unternehmen zahlen höhere Löhne, die wiederum als Produktivitätslokomotive zu steigender Produktivität führen.

Die nachstehenden Maßnahmen sind daher umgehend umzusetzen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, kurzfristig einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem
  1. im Zuge einer großen Steuerreform die Steuerlast für alle Erwerbstätigen spürbar gesenkt wird und endlich mehr Netto vom Brutto verbleibt;
  2. konsequent der unkontrollierten Massenmigration entgegengetreten und dem daraus resultierenden Lohndumping ein Ende bereitet wird;

<sup>1</sup> [www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt](http://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt)

<sup>2</sup> [www.iab-forum.de/iab-stellenerhebung-2-2022-offene-stellen-mit-193-millionen-auf-erneutem-allzeit-hoch/](http://www.iab-forum.de/iab-stellenerhebung-2-2022-offene-stellen-mit-193-millionen-auf-erneutem-allzeit-hoch/)

<sup>3</sup> Seit 1991 wanderten jährlich etwa 24.000 Deutsche im Saldo aus, insgesamt also bald eine knappe Million eher hochqualifizierter Fachkräfte. ([www.wiwo.de/politik/deutschland/fachkraeftemangel-warum-hochqualifizierte-deutschland-den-ruecken-kehren/27545944.html](http://www.wiwo.de/politik/deutschland/fachkraeftemangel-warum-hochqualifizierte-deutschland-den-ruecken-kehren/27545944.html))

3. Sozialleistungen nach SGB II für Zuwanderer – nach Maßgabe der Rechtsprechung des BVerfG - von einem vorausgegangenen langjährigen Aufenthalt mit sozialversicherungspflichtiger und existenzsichernder Beschäftigung abhängig gemacht werden, sodass eine direkte Zuwanderung in das Sozialsystem ohne vorhergegangene Beteiligung am Solidarsystem nicht mehr möglich ist;
4. ein am tatsächlichen Bedarf ausgerichtetes Einwanderungsrecht geschaffen und der Vermischung von Einwanderung und Asyl ein Ende bereitet wird. Wer in seinem Herkunftsland verfolgt wird, soll Asylschutz bekommen. Kriegsflüchtlinge dürfen vorübergehend bleiben. Armuts- und Arbeitsmigration unter dem Deckmantel des Asyls werden nicht hingenommen;
5. für Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge unabhängig von der Art der Unterbringung die Versorgung zukünftig weitestgehend über Sachleistungen und unbare Geldleistungen (Debitkarte oder ähnliches) erfolgt, sodass der meist vorübergehende Aufenthalt dieser Personen bedarfsgerecht und missbrauchsfern gestaltet und zugleich ein falscher Anreiz zur Zuwanderung abgestellt, die Finanzierung der Schlepperkriminalität bekämpft und die Weiterreichung von erhaltenen Sozialleistungen in die Heimat erschwert wird;
6. eine konsequente Abschiebung von Ausreisepflichtigen durchgesetzt wird, damit ein Rückgang der Migration Unqualifizierter erfolgt, die über die Asylschiene Zugang zu deutschen Sozialleistungen suchen und hierdurch Spielräume für die Rückführung der Staatsverschuldung und die steuerliche Entlastung junger Familien geschaffen werden;
7. staatliche Angebote zur bezahlten beruflichen Aus- und Weiterbildung für Wiedereinsteiger ins Berufsleben, insbesondere bei den hochwertigen Mangelberufen, ausgeweitet werden;
8. ältere Beschäftigte mit steuerlichen Anreizen für Arbeitnehmer und Unternehmen länger auf dem Arbeitsmarkt gehalten werden, wobei oberste Maxime dabei stets die Freiwilligkeit sein muss: Wer länger arbeiten will, der soll dies auch tun können;
9. Menschen für eine frühere Berufsausbildung und einen frühen Berufseintritt motiviert werden, sodass sich automatisch die Lebensarbeitszeit erhöht, was wiederum positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Finanzierung der Sozialversicherungen hat;
10. die Auswanderung von Gutqualifizierten vermindert wird, indem die Steuer- und Abgabenlast gesenkt wird, einfachere Unternehmensgründung ermöglicht und überhaupt Bürokratie abgebaut wird;
11. die Rückkehr von zuvor ausgewanderten Bürgern in den deutschen Arbeitsmarkt unterstützt wird, etwa durch Übernahme der Umzugskosten, Hilfe bei Wohnungs- und Kita-Suche und Bezahlung einer Rückkehrprämie, wenn sie eine zweijährige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland nachweisen können;
12. konsequent der Pfad weg von immer mehr Billigarbeitsplätzen insbesondere im Dienstleistungsbereich, hin zu technischen Neuerungen in Automatisierung, künstlicher Intelligenz und Robotik beschritten wird, wobei großzügige Forschungsgelder fließen müssen, damit deutsche Universitäten und

Unternehmen wieder ein Ort der technischen Wunder werden. Hierzu ist insbesondere notwendig:

- a. Förderung der Technisierungsforschung an Hochschulen und in Unternehmen durch punktuelle Hochschulförderung mit Bundesmitteln, faire steuerliche Rahmenbedingungen (z.B. über Sonderabschreibungen) sowie Wettbewerbe mit hohen Preisauslobungen. Bei der Unternehmensförderung erfolgt die Förderung zusätzlich durch Start-Up-Förderungen, Investitionszulagen und verbesserte Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen;
  - b. Förderung von Unternehmen beim Einsatz neuer Technologien. Fördermaßnahmen sind insbesondere: Entwicklung und Durchführung einer bundesweiten Technisierungskampagne, die Unternehmen die finanziellen und arbeitsmarktlichen Vorteile von Automationsprozessen vermittelt; kostenfreie Beratung von KMUs bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung des Automationsprozesses; finanzielle Förderung des Automationsprozesses durch Einrichtung eines entsprechenden Förderprogramms; Vergabe zinsgünstiger Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen zur Anschaffung bzw. Finanzierung von Industrierobotern;
  - c. Förderung berufsbegleitender Weiterbildung für Arbeitnehmer im Bereich Automation und Digitalisierung;
  - d. Förderung von begabten Schülern und Studenten, wobei ein Schwerpunkt auf naturwissenschaftliche Fächer zu legen ist. Ziel führend sind dabei die Einrichtung sogenannter MINT-Schulen, Vergabe von Begabten-Stipendien, Durchführung von Wettbewerben mit hohen Preisauslobungen;
13. der Trend zur Akademisierung umgekehrt wird, der zunehmend zu frustrierenden Studienabgängern, der Überbesetzung volkswirtschaftlich unproduktiver Berufe in den Sozialwissenschaften und einer realen Verkürzung der Lebensarbeitszeit führt. Junge Menschen müssen wieder vermehrt in Lehrberufe gebracht werden, wobei Lehrbetriebe besonders zu fördern sind. Dazu muss die Attraktivität der beruflichen Bildung durch geeignete Maßnahmen gesteigert, sowie den Passungsproblemen effizient entgegen gewirkt werden (siehe auch den Abschlussbericht der Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ des 19. Bundestages). Darüber hinaus fordern wir eine kostenfreie Meisterausbildung und ein Gründerprogramm für neue Meisterbetriebe im Handwerk;
  14. spezielle Finanzierungsprogramme über die KfW aufgelegt werden, damit Finanzierungsprobleme bei der Unternehmensnachfolge behoben werden können;
  15. eine bessere Förderung von Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten erfolgt, damit das ausreichend große Arbeitskräftepotential in Deutschland ausgeschöpft und durch gezielte und professionelle Bildungsmaßnahmen aktiviert werden kann, bevor auch nur daran gedacht wird, weitere Arbeitsmigranten ins Land zu lassen;

16. anstelle des sogenannten Bürgergelds eine aktivierende Grundsicherung geschaffen wird, indem insbesondere eine wöchentlich 15-stündige Bürgerarbeitspflicht angesetzt wird, um Fairness zwischen Leistungsbeziehern und denjenigen herzustellen, die diese Leistung täglich erwirtschaften, wodurch die Integration von Grundsicherungsbeziehern in den Arbeitsmarkt unterstützt wird.

Berlin, den 17. Januar 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt*